

R e d e

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Union der
Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. A. Gromyko
Sofia 13. Oktober 1983

Verehrte Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, den bulgarischen Genossen für den
herzlichen Empfang, die Gastfreundschaft und die gute Organi-
sation unserer Arbeit zu danken.

Wir haben vereinbart, auf der heutigen Tagung die Entwicklung
der internationalen Lage, vor allem in Europa, ausgehend von
den Einschätzungen und Schlußfolgerungen, die auf der Prager
Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses und auf dem
Moskauer Treffen der höchsten Repräsentanten der Parteien und
Staaten der sieben sozialistischen Länder getroffen wurden,
gemeinsam zu beraten. In diesem Zusammenhang haben wir vor,
einen Meinungsaustausch über die weiteren Schritte zur Ver-
minderung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und zur Minderung
der Spannungen zu führen.

Wir sind zu einem Zeitpunkt zusammengekommen, da die Aktionen
der USA und ihrer engsten Verbündeten die Lage in Europa und
in der Welt außerordentlich zugespitzt haben. Es muß ganz
einfach ernsthafte Besorgnis hervorrufen, daß die Amerikaner,
nach allem zu urteilen, fest entschlossen sind, mit der Statio-
nierung ihrer Kernwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa
zu beginnen.

Uns allen ist klar, daß das Erscheinen dieser Raketen an der
Schwelle unseres gemeinsamen Hauses zu einer ernsthaften Ver-
letzung des militärischen Gleichgewichts zwischen der UdSSR
und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO,
zur Untergrabung der strategischen Stabilität führen würde.

Die unausbleibliche Folge der Raketenstationierung wäre die akute Verschlechterung der gesamten internationalen Lage in der bevorstehenden Zeit.

Wir müssen auch einen anderen Faktor in Betracht ziehen, der die Lage in der Welt destabilisiert. Die Amerikaner haben mit der Schaffung einer neuen Generation von Kernwaffen, die in der Lage sind, Funktionen eines Erstschlages zu erfüllen, sowie mit der Entwicklung solcher Mittel der Kriegführung begonnen, deren Erscheinen die Möglichkeit einer Vereinbarung über ihre Begrenzung und Reduzierung bedeutend erschweren und sogar in Frage stellen kann.

Des Weiteren werden die sozialistischen Länder immer häufiger damit konfrontiert, daß die USA künstlich in den Beziehungen zwischen West und Ost eine Komplikation auf die andere folgen lassen und es zugleich ablehnen, die konstruktiven Initiativen unserer Länder, deren Verwirklichung die politischen Spannungen entschärfen würde, zu erörtern.

Und schließlich ist immer mehr zu erkennen, daß die Reagan-Administration in verschiedenen Regionen der Welt auf die Erweiterung ihrer Militärpräsenz und die grobe Anwendung militärischer Gewalt gegen jene nichtpaktgebundenen Staaten setzt, deren Politik Washington nicht genehm ist.

Die Gefahr des militaristischen Kurses, in dessen Verwirklichung die USA auch ihre Verbündeten immer tiefer hineinzuziehen versuchen, ist außerordentlich groß.

Aber Tatsache ist auch, daß die Antikriegsbewegung, in erster Linie in Westeuropa, zu einer Kraft geworden ist, mit der die Regierungen dort rechnen müssen.

Im Westen bahnen sich die Ideen einflußreicher nüchtern denkender Politiker den Weg, die dazu aufrufen, die Stationierung der amerikanischen Raketen in Europa aufzuschieben, die Kernwaffenpotentiale der UdSSR und der USA einzufrieren und das Niveau der militärischen Konfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag zu verringern. Ihre Zahl wächst. In Dänemark

und den Niederlanden sind es die meisten Parlamentarier und in Griechenland und Schweden die Regierungen selbst.

Die große Gruppe der sozialdemokratischen Abgeordneten des Bundestages der BRD hat in ihrem bekannten Schreiben an J. W. Andropow eine Reihe von Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung vorgeschlagen, die dem Kurs Washingtons diametral zuwiderlaufen.

Das Auftreten der nichtpaktgebundenen Länder gegen den Militarismus und die abenteuerlichen Doktrinen eines Kernwaffenkrieges gewinnt immer mehr an politischem Gewicht. Nicht zufällig ist Reagan in seiner Rede in der UNO so gereizt über die nichtpaktgebundenen Länder hergefallen.

So fügen der Einwirkung der Friedenspolitik unserer Länder auch andere wichtige Faktoren, deren Rolle sich verstärkt, ihren Einfluß hinzu. Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Schlußfolgerung in der Prager Politischen Deklaration, daß die Überwindung der jetzigen gefährlichen Etappe in den internationalen Beziehungen möglich ist, auch heute noch gültig ist.

Worauf sind die Hauptanstrengungen zu konzentrieren, damit diese Möglichkeit zur Realität wird?

Wir sehen die Aufgabe darin, die Anstrengungen zu verstärken, die in unserer Politik vorhanden sind und dazu angetan sind, ernüchternd auf jene zu wirken, die für die Festlegung der Außenpolitik der NATO-Länder verantwortlich sind, der breiten Öffentlichkeit des Westens zu helfen, sich der Gefahr des aggressiven Kurses von Reagan vollständig bewußt zu werden, und sie zu noch entschlosseneren Aktionen anzuspornen.

Zweifellos war die Erklärung von J. W. Andropow vom 28. September die größte politische Aktion der letzten Zeit, die dieses Ziel verfolgte.

Das Echo auf diese Erklärung zeigt deutlich, daß der unternommene Schritt rechtzeitig und nützlich war. Der Ernst und der Realismus

der in der Erklärung enthaltenen Einschätzung werdennirgends in Abrede gestellt. Daß sie begründet sind, wird im Westen insgesamt anerkannt. In Westeuropa erkennen viele, daß die Reagan-Administration in ihrer Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion zu weit gegangen ist. So weit, daß dies selbst die Grundlagen der internationalen Sicherheit bedroht.

Man hat im Westen auch begriffen, daß die Erklärung J. W. Andropows auch eine Warnung an die richtige Adresse ist. Zugleich konnte man sich dort noch einmal überzeugen, daß die Sowjetunion nach wie vor ihren prinzipienfesten friedlichen Kurs in der Politik verfolgt.

Jetzt ziehen die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa die Aufmerksamkeit auf sich. Das ist auch gesetzmäßig, sind sie doch in ihre entscheidende Phase eingetreten. Bisher ist die Lage in den Verhandlungen nicht ermutigend. Unsere Einschätzung der letzten amerikanischen Vorschläge ist bekannt. Es handelt sich um die alte unannehbare "Zwischenvariante".

Somit ist die von Washington allenthalben gepriesene "Flexibilität" in Genf ein Betrug, und die praktischen Maßnahmen zur Raketenstationierung sind ein realer Fakt. Die Amerikaner handeln weiterhin nach ihrem Zeitplan.

Wir hegten jedoch von Anfang an keine Illusionen, wir verstanden, daß die USA nicht zu den Verhandlungen gekommen sind, um eine Vereinbarung zu erzielen, sondern deshalb, um sich ein politisches Alibi zu verschaffen, um am Verhandlungstisch die Dinge in die Länge zu ziehen und zugleich die Raketenstationierungspläne voranzubringen.

Mit ihrem konstruktiven Auftreten in den Verhandlungen fördert die Sowjetunion die Verstärkung des Drucks auf die USA seitens eines Teils der amerikanischen Verbündeten, die eine Vereinbarung in den Verhandlungen offenkundig der Stationierung amerikanischen Raketen in Europa vorziehen. Obgleich die NATO-Länder insgesamt

von ihrem Beschluß aus dem Jahre 1979 bisher nicht abrücken, gibt es in den Positionen solcher Länder wie Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Griechenland bedeutende Nuancen. Es gibt Anzeichen dafür, daß es Reagan nicht gelungen ist, selbst die Schwankungen in den herrschenden Kreisen der BRD zu überwinden. Mithin gibt es noch bestimmte Reserven für unsere Arbeit mit den Westeuropäern. Es lohnt sich, die Arbeit fortzusetzen.

Unter diesen Bedingungen ist es so wichtig wie nie zuvor, daß die verbündeten sozialistischen Staaten den USA ihre gemeinsame Entschlossenheit zu verstehen geben, ihren gefährlichen Plänen entgegenzuwirken. Es ist erforderlich, daß in Washington und in anderen Hauptstädten der NATO-Länder vernommen wird, daß wir mit einer Stimme sprechen, daß sie die Überzeugung gewinnen, daß unsere Länder von einem Streben geleitet werden, daß sie abgestimmt, fest und entschlossen handeln. Selbst die geringsten Schwankungen in unserer Mitte können nur Schaden anrichten.

Die Logik des politischen Kampfes ist eindeutig: Würden unsere Gegner irgendeinen Mißklang feststellen, dann würden sie natürlich darin ein genehmes Manövriertfeld sehen und zweifellos versuchen, dieses dazu zu nutzen, um den gemeinsamen Interessen der Länder des Warschauer Vertrages zu schaden.

Das Zentralkomitee unserer Partei hat die Frage der Mittelstreckenraketen wiederholt allseitig erörtert und behält sie ständig im Blickfeld. Ich kann mitteilen, daß im Falle der Stationierung der amerikanischen Raketen in mehreren Varianten unter Berücksichtigung aller eventuellen Umstände entsprechende Maßnahmen sowohl auf politischem als auch auf militärischem Gebiet geprüft werden. Eine Verletzung des Kräftegleichgewichts, die die Sicherheit der Sowjetunion und aller mit ihr verbundenen Staaten gefährden würde, wird nicht zugelassen werden. Jedoch würde sich das Niveau der militärischen Konfrontation in Europa nicht durch unsere Schuld mit allen ungewollten, gefährlichen Folgen erhöhen.

Faktisch gibt es auch in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen

Rüstungen, die in der vergangenen Woche wieder aufgenommen wurden, keine ernsthaften Fortschritte.

Seit der Ablehnung des SALT-II-Vertrages durch die Amerikaner zielt ihre prinzipielle Haltung nach wie vor nicht auf eine Beendigung, sondern praktisch auf die Fortsetzung des Wettrüstens ab, und zwar in jenen Richtungen, die Washington für sich als geeignet ansieht. Die gleiche Linie ist auch in den Vorschlägen Reagans vom 4. Oktober zu erkennen.

Wenn die Amerikaner den Eindruck zu erwecken versuchen, als würden die Verhandlungen in neuen Bahnen verlaufen, dann geschieht das deshalb, um ihre Verbündeten und die Öffentlichkeit bei sich zu Hause zu beschwichtigen. Das ist ein weiteres Betrugsmanöver gegenüber den Menschen.

Die Sowjetunion wird auch weiter ihren Weg gehen, Entschiedenheit und zugleich Flexibilität an den Tag legen und Vereinbarungen anstreben, die die effektive Begrenzung und die radikale Reduzierung des gesamten Komplexes der strategischen Offensivwaffen in strikter Übereinstimmung mit dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit gewährleisten würden. Ich wiederhole - in strikter Übereinstimmung mit dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Seiten, das von uns allen - den Bruderländern - als Grundlage für jegliche Vereinbarungen mit den NATO-Ländern gebilligt wurde.

Darüber, wie die Sache in diesen Verhandlungen weiter verlaufen wird, werden wir Sie informieren.

Es versteht sich von selbst, daß wir den Amerikanern mit ihren militaristischen Plänen kein ruhiges Leben bescheren werden: wir werden die Falschheit ihrer Position entlarven. Und auf jegliche Versuche, das bestehende militärisch-strategische Gleichgewicht zu verletzen, werden wir die gebührende Antwort erteilen.

Der Kurs der USA und der NATO verhindert auch in den Verhandlungen in Wien weitere Fortschritte. Wie Sie wissen, lehnen die westlichen Teilnehmer nach wie vor eine sachbezogene

Erörterung des von den sozialistischen Staaten im Sommer unterbreiteten Komplexes von Vorschlägen ab. Die NATO-Länder spielen ungerechtfertigt die Frage der Kontrolle hoch, lösen sie von dem Hauptinhalt der Verhandlungen. Vor einiger Zeit hat Shultz in einem Gespräch mit unserem Botschafter in Washington die Erreichung irgendeiner Vereinbarung in Wien faktisch von der vorerigen Akzeptierung des Standpunktes der USA zur Kontrolle durch unsere Länder abhängig gemacht. Wie soll man sich in dieser Situation verhalten?

Es erscheint zweckmäßig, auch weiter darauf zu bestehen, daß die westlichen Teilnehmer auf die Kernprobleme der Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen eine klare Antwort geben. Gerade das werden wir anstreben. Die USA und die NATO wollen eine Kontrolle ohne Abrüstung. Wir aber setzen uns für die Kontrolle der Abrüstung ein.

Das Leben zeigt, daß trotz der ganzen Schärfe der gegenwärtigen internationalen Lage gut koordinierte, aktive Aktionen der sozialistischen Länder positive Ergebnisse bringen können.

Diese Schlußfolgerung wird durch den Ausgang des Madrider Treffens bestätigt. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß die sozialistischen Länder dieses Treffen zum Erfolg geführt haben.

Hier ist ^{es} für niemanden ein Geheimnis, daß es nicht einfach war, das Treffen wohlbehalten an den vorgesehenen Punkt zu führen. Es war in jeder seiner Etappe erforderlich, eine präzise, realistische Einschätzung der Lage zu treffen und die nächsten Schritte abzustecken. Nach den Resultaten zu urteilen ist das gelungen.

In unserer Kreise kann man sagen: Wir haben "in's Schwarze getroffen", indem wir die Differenzierung in den Positionen zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern fehlerlos erraten haben. Jetzt ist gut zu sehen, daß sich die Übereinstimmung der Interessen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern Europas in bezug auf die Fortsetzung des Dialogs zwischen Ost und West und die Erhaltung der Früchte

der Entspannung als ein Faktor erwiesen hat, mit dem die Vereinigten Staaten rechnen mußten.

Folglich gibt es auch unter den gegenwärtigen angespannten Bedingungen Hebel für das aktive Einwirken auf die USA - man muß sie nur geschickt nutzen. Natürlich muß dieses Vermögen mit unserer Geschlossenheit verknüpft werden, ansonsten kann daraus nichts werden.

Wir stimmen alle darin überein, daß der Beschluß über die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa natürlich das Hauptergebnis des Madrider Treffens ist.

Das ist unser gemeinsamer Erfolg: Wir hatten diese Idee beharrlich vorgebracht und erzielten eine vernünftige gegenseitig annehmbare Vereinbarung mit allen Teilnehmern des Treffens.

Wie es normalerweise ist, wenn man einen neuen Abschnitt erobert, tauchen auch neue Probleme auf. Damit die bevorstehende Konferenz in Stockholm gut den Zielen dient, die wir im Auge haben, müssen wir uns natürlich möglichst gründlich darauf vorbereiten.

Daher unterstützen wir den Vorschlag der polnischen Genossen, Ende Dezember dieses Jahres oder im Januar des nächsten Jahres in Warschau ein Treffen der stellvertretenden Außenminister durchzuführen, um Meinungen und Informationen zu dieser Frage auszutauschen.

Die Hauptarbeit steht allerdings auf der Konferenz in Stockholm selbst bevor, doch gewisse Dinge werden auch davon abhängen, wie das Vorbereitungstreffen verläuft, das demnächst in Helsinki eröffnet wird. Obgleich die Fragen, die dort erörtert werden, insgesamt organisatorischen Charakter tragen, haben sie doch auch ein gewisses politisches Gewicht.

Wir alle erinnern uns noch, was für Schwierigkeiten die USA und ihre nächsten Verbündeten auf dem Vorbereitungstreffen vor Madrid aufzutürmen suchten. Die Erfahrungen besagen, daß wir auch diesmal mit einer analogen Lage konfrontiert werden können.

Darauf müssen wir vorbereitet sein und weiterhin gut organisiert in engem Kontakt miteinander wirken. Darauf sind auch unsere Vertreter orientiert, die nach Helsinki reisen.

Im Kampf um eine Wende zum Besseren in der Entwicklung der internationalen Ereignisse verfügen die sozialistischen verbündeten Staaten über einen großen Aktivposten, über ein breites Komplexprogramm realistischer konstruktiver Initiativen, die in der Prager Politischen Deklaration sowie in einer Reihe anderer gemeinsamer und individueller Erklärungen unserer Staaten unterbreitet wurden.

Die breite positive Resonanz, die diese Initiativen in den politischen und gesellschaftlichen Kreisen vieler Länder der Welt hervorgerufen haben, zeugt davon, daß es Möglichkeiten für eine weitere Verstärkung unserer Friedensoffensive gibt.

Davon spricht auch, wie sehr die öffentliche Meinung die von der Sowjetunion auf der 38. Tagung der UN-Vollversammlung eingebrachten Vorschläge über die Verurteilung eines Kernwaffenkrieges, das Einfrieren der Kernwaffen und über den Abschluß eines Vertrages über das Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum und vom Weltraum aus gegen die Erde begrüßt hat.

Es ist wichtig, so zu handeln, daß die Regierungen der NATO-Länder in eine Lage gebracht werden, in der es ihnen schwerer fallen dürfte, einer konstruktiven Antwort auf unsere Initiativen auszuweichen. Daher erscheint es richtig, daß im Entwurf des Kommuniqués unserer Tagung die Notwendigkeit unterstrichen wird, diese Initiativen sobald wie möglich in den entsprechenden Verhandlungen unter Teilnahme der interessierten Staaten gemeinsam sachbezogen zu prüfen.

Im Kampf in der internationalen Arena räumen wir der Arbeit zum Voranbringen des gemeinsamen Vorschlages der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, mit den NATO-Ländern einen Vertrag über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung

militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen abzuschließen, einen wichtigen Platz ein. Die seit der Unterbreitung dieses Vorschlags vergangene Zeit beweist, daß er fest in das Bewußtsein der Öffentlichkeit, breiter politischer Kreise eingedrungen ist.

Auf Grund der Ursachen, von denen auf unserer letzten Tagung ausführlich die Rede war, ist es richtig, das Voranbringen des Vertragsvorschlages als eine langfristige, perspektivisch angelegte Aufgabe zu betrachten. Wie wir verstehen, ist das unser gemeinsames Herangehen.

Die Hauptziele, die wir uns in dieser Etappe stellen, bestehen darin, die Aufmerksamkeit auf unsere gemeinsame Initiative zu lenken, ihren konstruktiven Inhalt zu erläutern und das Bild davon zu vertiefen, in-dem der Voreingenommenheit und den Versuchen, künstlich den Weg zu ihrer Realisierung zu versperren, entgegengewirkt wird.

Das Schwergewicht legen wir natürlich auf die Arbeit mit den NATO-Ländern. Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß sich dieser Block nicht ohne unseren Einfluß bisher nicht entschließen kann, den Vertragsvorschlag direkt abzulehnen. Im Unterschied zu den USA, Großbritannien und einigen anderen NATO-Ländern bekunden Dänemark, Belgien, Griechenland, die Türkei und Spanien dafür Interesse. Dies alles gilt es, in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

Auch die Haltung der BRD zu unserem Vorschlag nimmt Gestalt an. Ersichtlich ist das aus dem Ihnen bekannten Brief Genschers an die Mitglieder der von ihm geführten Partei, in dem er im Prinzip, wenn auch mit Vorbehalten, die Idee des Vertrags unterstützte.

Wir haben uns gemeinsam Gedanken zu machen, wie wir das Thema des Vertrags besser auf der Stockholmer Konferenz nutzen können, welchen Platz es dort einnehmen kann. Unsere Stellvertreter werden die Möglichkeit haben, dies in Warschau zu erörtern.

Insgesamt, so meinen wir, muß so gearbeitet werden, daß unser gemeinsamer Vorschlag auch weiterhin den ihm zukommenden Platz auf der internationalen Tagesordnung einnimmt.

Jetzt möchte ich Sie über einige Momente in den Beziehungen der Sowjetunion mit einzelnen großen Staaten des Westens informieren.

Wenn man die letzten 10 - 15 Jahre nimmt, gab es in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, wie Sie wissen, sowohl Perioden einer Aktivierung der Zusammenarbeit als auch weniger günstige Zeiten. Doch solche politischen Spannungen wie jetzt gab es schon lange nicht mehr.

Die amerikanische Administration benimmt sich in einer Reihe von Fällen provokatorisch. Die Propaganda an unsere Adresse, an die Adresse der sozialistischen Gemeinschaft, schlug alle Rekorde des Zynismus und der Verlogenheit.

Eine gewisse Zeit deutete Washington eventuelle Schritte in Richtung einer Verbesserung der Beziehungen an, schlug Verhandlungen über das Verkehrswesen, über den Austausch von Konsulaten, über die kulturelle Zusammenarbeit usw. vor, doch jetzt verliert es über all das kein Wort mehr.

Die großangelegte Provokation, die die Geheimdienste der USA unter Nutzung eines südkoreanischen Flugzeugs angezettelt haben, werten wir als eine weitere Aktion, die zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen führt.

In diesem Zusammenhang betrachten wir auch das Verhalten von Shultz während meiner Begegnung mit ihm in Madrid. In Beantwortung des Vorschlags, die lebenswichtigen und herangereiften Probleme - vor allem die Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen in Europa und der strategischen Offensivwaffen - zu erörtern, wußte Shultz nichts Substantielles zu sagen. Dafür erging er sich in üblen Ausfällen gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, was unvereinbar ist mit den allgemein anerkannten Normen des internationalen Umgangs miteinander. Er mußte zurechtgewiesen werden.

Unser Herangehen an die Beziehungen zu den USA ist grundsätzlicher Natur: Wir sind auch jetzt für eine Verbesserung und die Aufrechterhaltung ruhiger gegenseitig vorteilhafter Beziehungen. Doch allen feindseligen Umtrieben gegen die Sowjetunion und die Länder der sozialistischen Gemeinschaft erteilen wir nach wie vor eine entschiedene Abfuhr. Das gaben wir Washington klar zu verstehen.

Noch einige Worte über unsere Beziehungen zur BRD. Die Regierung dieses Landes spart nicht mit Zusicherungen, daß alles, was Kanzler Kohl in Moskau über seine Absichten, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern, gesagt hat, in Kraft bleibe. Man versucht uns zu überzeugen, daß die Raketenfrage in den Beziehungen der Sowjetunion zur BRD nicht das Bestimmende sein darf.

Wir haben diesbezüglich eine andere Meinung: In seiner Unterstützung für die amerikanischen Mittelstreckenraketenpläne annulliert Bonn seine eigenen Zusicherungen. Das muß sich unweigerlich immer negativer auf die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen auswirken. Kürzlich unternahmen wir diesbezüglich eine besondere Demarche gegenüber H. Kohl.

Die offizielle Haltung Bonns widerspiegelt bei weitem nicht die Stimmungen der gesamten Bevölkerung des Landes. Wie Sie wissen, zeigen schon eine gewisse Zeit lang Umfragen in der BRD, daß fast drei Viertel der Bevölkerung dieses Landes gegen eine Raketenstationierung auftreten. Es ist im allgemeinen bekannt, daß die Umfragen nicht immer ein objektives Bild vermitteln, doch wenn gewisse Stimmungen im Lande stark, beständig sind, zeigt sich das auch in dieser Form.

Dem Verhalten der Regierung Kohl ist zu entnehmen, daß sie die negativen Folgen mildern möchte, die sich für sie aus der Stationierung amerikanischer Raketen in ihrem Land ergeben, ohne von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Die von unseren Ländern vereinbarte prinzipielle Linie - die BRD zur Einhaltung der mit den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträge zu zwingen - behält natürlich auch unter den heutigen

Bedingungen voll ihre Gültigkeit. Das ist die wichtigste Richtung unserer Außenpolitik, und wir halten sie für richtig.

Wir sagen der Regierung in Bonn, daß wir es als eine feindselige Aktion von prinzipieller Bedeutung betrachten, die in direktem Widerspruch zum Geist und Buchstaben des Moskauer Vertrages steht und unweigerlich eine Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion nach sich zieht, wenn es zur Stationierung von Raketen kommt.

Im weiteren Kampf gegen die Kernwaffenpläne der NATO gilt es, eine Verständigung mit jenen Kräften in der BRD herbeizuführen, die für ein friedliches Europa eintreten. Wir leisten eine entsprechende Arbeit in dieser Richtung, und wir wissen, daß auch unsere Freunde dies tun, und zwar sehr gut.

Der politische Kurs Frankreichs in der letzten Zeit ruft bei uns und offenbar auch bei Ihnen Fragen hervor. Die Führer dieses Landes reden viel darüber, daß Frankreich eine unabhängige Außenpolitik betreibt. In der Tat jedoch ist ein Abgehen von jener insgesamt selbständigen Linie deutlich feststellbar, die Frankreich früher verfolgt hatte. Es nahmen auch die Rücksichten auf die Amerikaner zu.

Doch bei allen Zickzackbewegungen in der Außenpolitik Frankreichs gibt es bestimmte Möglichkeiten für eine weitere Arbeit in französischer Richtung. In unseren letzten Begegnungen in Paris haben wir den Eindruck gewonnen, daß die französischen Führer über die Verschlechterung der internationalen Situation beunruhigt sind. Anscheinend möchten die Franzosen eine gewisse Verbesserung der bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch. Wir sind natürlich für eine solche Entwicklung. Wir werden sehen, wie weit Paris in Wirklichkeit vorankommen kann.

Noch kurz einiges über unsere Einschätzung der Lage in einer Reihe von explosiven Regionen.

Wenn man in Gedanken all das überschaut, was von der Reagan-Administration seit ihrem Machtantritt im Nahen Osten getan wird,

zeigt sich klar, daß die Vereinigten Staaten, gestützt auf militärische Gewalt und mancherorts mit Waffengewalt, bestrebt sind, hier auf Jahrzehnte im voraus ihre eroberischen Positionen zu festigen.

In Libanon ist es ihnen schon gelungen - Sie wissen, um welchen Preis für die Araber - solche Kräfte an die Macht zu bringen, mit denen die USA und Israel eine gemeinsame Sprache finden. Jetzt haben sie Syrien im Visier, das wohl der Aggression den aktivsten Widerstand entgegensetzt.

Insgesamt vertreten wir konsequent folgende Meinung: Die Amerikaner sind daran interessiert, daß die Perspektive einer allumfassenden Regelung hinter dem Horizont verborgen bleibt.

Eine Geißel für die Araber bleibt nach wie vor ihre Uneinigkeit, die von den USA und Israel geschickt inspiriert und geschürt wird. Ein neues Moment, das den Kampf der Araber schwächt, ist die Zunahme der Meinungsverschiedenheiten in der palästinensischen Widerstandsbewegung und der Differenzen zwischen Arafat und den Syrern.

Es bleibt unsere Aufgabe, den Arabern zu helfen, ihre Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, sie auf der Plattform des gemeinsamen Kampfes gegen den USA-Imperialismus und die israelische Aggression zusammenzuschließen und die progressiven und mit uns befreundeten arabischen Länder zu veranlassen, aktiver um diese Ziele zu ringen. Es ist natürlich so wie bisher wichtig, Syrien eine konsequente Unterstützung zu gewähren.

Im Gebiet Mittelamerikas und der Karibik sowie im Nahen Osten setzen die USA in der Hauptsache auf militärische Gewalt. Das ist jenes Instrument, mit dessen Hilfe sie versuchen, die historische Tendenz der nationalen und sozialen Befreiung der mittelamerikanischen Länder zu brechen und sie des Rechts zu berauben, den Weg einer freien, unabhängigen Entwicklung zu beschreiten.

Ihren Stoß richten die USA in erster Linie gegen Kuba, Nikaragua und die revolutionär-demokratischen Kräfte El Salvadors.

Die verbündeten sozialistischen Staaten erweisen Kuba auf beständiger Grundlage eine allseitige Hilfe. Wir bemühen uns auch maximal, die Bedürfnisse unserer nikaraguanischen Freunde zu erfüllen. Jetzt ist auch das eine Konstante unserer Politik.

Ein wichtiges Ziel unserer Diplomatie und außenpolitischen Propaganda ist nach wie vor die überzeugende Entlarvung der USA-Politik in Mittelamerika und in der Karibik. In der diesbezüglichen Arbeit behält der Vorschlag, die Tätigkeit der NATO und des Warschauer Vertrages nicht auf Asien, Afrika und Lateinamerika auszudehnen, voll seine Aktualität.

Die Politik Reagans in Mittelamerika wird bei weitem nicht von allen westeuropäischen Verbündeten unterstützt. Vorbehalte dagegen melden vor allem solche Regierungen an, wo sozialdemokratische und sozialistische Parteien an der Macht sind. Auch in Mittelamerika selbst tritt eine ganze Reihe von Staaten, wie z. B. die Teilnehmer der "Condadora-Gruppe", gegen den imperialen Kurs der USA auf. Das ist eine zusätzliche Reserve, die wir aktiv nutzen können.

Die USA verstärken ihren Druck auch im Süden Afrikas. Zu ihrer Hauptstoßrichtung haben sie dort die Volksrepublik Angola auserkoren.

Als destabilisierender Hauptfaktor der Lage in diesem Land wird die prowestliche Gruppierung UNITA ausgenutzt, die von Washington und Pretoria in eine Kraft verwandelt wurde, die von wesentlicher militärischer Bedeutung ist. Die Lage in Angola ist ziemlich ernst. Bedroht sind seine wichtigsten Wirtschafts- und Verwaltungszentren.

Die angolansiche Regierung unterdos Santos ergreift Maßnahmen, doch bedarf sie der Hilfe seitens unserer Länder. Notwendig ist eine Unterstützung auf allen Ebenen: militärisch, politisch, diplomatisch, wirtschaftlich u.a. Die Sowjetunion leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine solche Hilfe und hofft, daß auch die

anderen verbündeten sozialistischen Staaten entsprechend ihrer, Möglichkeiten zum jetzigen für Angola so schwierigen Zeitpunkt ebenso handeln werden.

Ich werde jetzt, wie gewöhnlich, kurz über unsere Beziehungen zu China informieren. Einige kleine Veränderungen zum Besseren gibt es, doch nur auf vereinzelt Gebieten - im Handel, im Kulturaustausch und in den Sportbeziehungen. Es wäre verfrüht, wollte man daraus den Schluß ziehen, die sowjetisch-chinesischen Beziehungen hätten sich irgendwie wesentlich verbessert.

Ich kann mitteilen, daß sich im September auf Einladung des MFAA der VR Ch der stellvertretende Außenminister der UdSSR in China aufhielt. Im Verlauf des durchgeführten Meinungsaustausches meinten die chinesischen Vertreter, daß die VRCh und die UdSSR gemeinsame Anknüpfungspunkte in einigen internationalen Fragen haben, wie z. B. die Unterstützung des Kampfes der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes gegen die israelische Aggression, des Volkes von Namibia für seine Unabhängigkeit, des koreanischen Volkes für die friedliche Wiedervereinigung des Landes und den Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea und der Länder Mittelamerikas für ihre Unabhängigkeit und Souveränität sowie gegen ausländische Einmischung.

Gleichzeitig bestanden die chinesischen Vertreter nach wie vor auf ihren falschen Einschätzungen der Ursachen und Quellen der internationalen Spannungen sowie auf den bekannten unannehmbaren Forderungen, die die Interessen Vietnams, Kampuchreas, der Mongolei und Afghanistans berühren.

Vor einer Woche begann in Peking die dritte Runde der politischen Konsultationen. Wir werden sehen, wie es läuft.

Den politischen Dialog mit China halten wir für nützlich und werden ihn fortsetzen.

Zum Schluß noch einige Worte über eine wichtige Frage. Es gibt allen Grund, um mit Befriedigung festzustellen, daß in der letzten

Zeit, vor allem nach der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Prag im Januar 1983, die multilaterale politische Zusammenarbeit im Rahmen unseres Bündnisses immer intensiver und produktiver wird.

Eine nützliche Rolle spielen die Konsultativtreffen auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister. Das kann man zweifellos von zwei solcher Treffen sagen, die bereits in diesem Jahr stattgefunden haben, in Bukarest vor der entscheidenden Phase des Madrid-Forums und in Berlin zur Frage des weiteren Voranbringens unseres gemeinsamen Vorschlags zum Abschluß eines Vertrags zwischen den Ländern des Warschauer Vertrages und der NATO über den gegenseitigen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Jetzt ist eine weitere Arbeitsgruppe auf der gleichen Ebene zur Vorbereitung auf die Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa geplant. Wir sind überzeugt, daß auch dieses Treffen von Nutzen sein wird.

In Erfüllung eines Auftrages des Politischen Beratenden Ausschusses stellten wir auf unserer letzten Tagung unseren Experten die Aufgabe, Vorschläge für Verhandlungen mit den NATO-Ländern über Fragen der Befreiung Europas von chemischen Waffen und der Nichterhöhung und nachfolgenden Reduzierung der Militärausgaben auszuarbeiten. Von der kollektiven Ausarbeitung dieser zwei neuen Initiativen war auch auf dem Treffen der führenden Repräsentanten unserer Parteien und Staaten in Moskau die Rede.

Wir haben den Eindruck, daß die entsprechenden Arbeitsgruppen gute abgestimmte Empfehlungen ausgearbeitet haben, und daß es zweckmäßig ist, sie zu billigen und dann entsprechend in Appelle an die NATO-Staaten im Namen aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages umzusetzen.

Wie wir uns alle erinnern, hat das Komitee der Außenminister einen weiteren Auftrag des Politischen Beratenden Ausschusses,

nämlich die Vorschläge zu den Aufgaben und zur Arbeitsweise des Vereinigten Sekretariats sowie zu anderen Fragen des Arbeitsmechanismus der Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages zu prüfen.

Uns liegt ein Bericht vor, der die abgestimmten Empfehlungen enthält, die die entstandene Praxis festschreiben und präzisieren. Ich möchte hervorheben, daß eine dieser Empfehlungen vorsieht, in Zukunft in dem Maße, wie weiterhin praktische Erfahrungen gesammelt werden, zweckmäßigerweise zur Frage unseres Arbeitsmechanismus zurückzukommen. Das ist natürlich ein richtiges Herangehen, das die Perspektive einer weiteren Vervollkommnung der Arbeitsformen und -methoden innerhalb des Bündnisses bietet.

Es ist klar, daß die abgestimmten Empfehlungen zum Vereinigten Sekretariat und zum Arbeitsmechanismus vom Außenministerkomitee der nächsten ordentlichen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses zur endgültigen Bestätigung vorgelegt werden müssen.

Offensichtlich bewährt sich die Praxis der Vorbereitung einiger unserer gemeinsamen Initiativen auf Expertenebene.

Gut organisiert und effektiv arbeitet unseres Erachtens der Mechanismus der Vorbereitung und Abstimmung von Entwürfen der abschließenden Dokumente der politischen Organe unseres Bündnisses - des Politischen Beratenden Ausschusses und des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

Insgesamt sehen wir, Genossen, daß das Bündnis der sozialistischen Staaten, die sich im Warschauer Vertrag zusammengeschlossen haben, ein lebendiger, sich entwickelnder Organismus ist. Seine Rolle in den internationalen Angelegenheiten wächst unablässig und wird weiter wachsen. Das ist unser gemeinsamer großer Aktivposten im Kampf um Frieden und Sicherheit in der Welt.

Genossen! Im Kampf um die Verteidigung der Interessen des Friedens und des Sozialismus, im Widerstand gegen die Kräfte der Reaktion und der Aggression, handeln unsere Länder in enger

Verbundenheit Hand in Hand. In der jetzigen besorgniserregenden Zeit, da sich durch die Schuld des Imperialismus die internationale Lage drastisch zugespitzt hat und die Gefahr einer nuklearen Katastrophe angewachsen ist, schließen unsere Parteien und Staaten ihre Reihen fest zusammen und festigen die Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit noch mehr.

Die unerschütterliche Entschlossenheit unserer verbündeten Länder, konsequent und beharrlich den friedlichen außenpolitischen Kurs zu verwirklichen, und ihre brüderliche Geschlossenheit mehren die Möglichkeiten, positiv auf die Entwicklung der Weltereignisse einzuwirken, und sind ein zuverlässiges Unterpfand für weitere Erfolge unserer gemeinsamen Sache.